

PRESEMITTEILUNG

Liberaler Mitte Deutschland – www.liberaler-mitte.de

Oberursel / Hof, 10.07.2026

Hrsg.: Jörg Jüttemann (Stellv. Vors. Liberaler Mitte Hessen)

Peter Senf (Stellv. Vors. Liberaler Mitte Bayern)

Nein zur Chatkontrolle – Ja zu effektivem Kinderschutz und rechtsstaatlicher Strafverfolgung

Die Liberaler Mitte Deutschland spricht sich entschieden gegen die erneute Einführung der sogenannten „Chatkontrolle“ auf europäischer Ebene aus. Es werden damit anlasslose Scans privater Kommunikation wieder ermöglicht. Dies ist ein gravierender Eingriff in die Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger.

Die Chatkontrolle bedeutet im Kern, dass private Kommunikation – ggf. auch in verschlüsselten Messengerdiensten – ohne konkreten Verdacht automatisiert von Google und Co. (nicht vom Staat!) durchsucht werden kann. Fachliche Analysen und juristische Bewertungen kommen seit Jahren zu dem Ergebnis, dass solche Maßnahmen unverhältnismäßig sind, Grundrechte verletzen und gleichzeitig nur begrenzten Nutzen für die Strafverfolgung entfalten.

Die FDP hat schon ganz klar dargestellt, was sie davon hält:

<https://www.fdp.de/die-wollen-anlasslose-masseneueberwachung>

Auch für die Liberaler Mitte Deutschland ist klar:

Anlasslose Massenüberwachung ist mit einem freiheitlichen Rechtsstaat nicht vereinbar.

Das Fernmeldegeheimnis, der Schutz personenbezogener Daten und die Vertraulichkeit privater Kommunikation sind zentrale Pfeiler unserer liberalen Grundordnung. Wer leichtfertig diese Grundsätze aufgibt, schwächt das Vertrauen in Staat und Demokratie und schürt das Misstrauen gegen jeden Bürger.

Gleichzeitig betonen wir ausdrücklich:

Der Kampf gegen Kindesmissbrauch und Kinderpornografie muss kompromisslos geführt werden.

Jede Form sexualisierter Gewalt gegen Kinder ist ein schweres Delikt und verlangt entschlossenes staatliches Handeln.

Gerade deshalb lehnen wir symbolpolitische Maßnahmen wie die Chatkontrolle ab. Sie erzeugen den Anschein von Handlungsfähigkeit, lenken aber von den tatsächlichen Defiziten in der Strafverfolgung ab. Automatisierte Massenmeldungen drohen Ermittlungsbehörden zusätzlich zu überlasten, anstatt gezielte Ermittlungen zu stärken.

Wir fordern stattdessen einen konsequenten Ausbau der effektiven Strafverfolgung:

1. **Strukturell:**
Eine stärkere Bündelung von Kompetenzen, insbesondere beim Bundeskriminalamt, sowie eine bessere Koordination zwischen Bund und Ländern.
2. **Personell:**
Deutlich mehr spezialisierte IT-Fachkräfte, digitale Ermittler und forensische Experten, um Täter im Netz gezielt aufzuspüren.
3. **Finanziell:**
Eine nachhaltige und deutlich verbesserte Ausstattung der Sicherheitsbehörden, insbesondere im Bereich moderner Analyse- und Ermittlungstechnologien.
4. **Rechtsstaatlich zielgerichtet:**
Eingriffe in die Privatsphäre nur auf Grundlage konkreter Verdachtsmomente, richterlich angeordnet und verhältnismäßig.

Die Liberale Mitte Deutschland steht für einen Staat, der **stark gegen Kriminalität und zugleich strikt an Recht und Freiheit gebunden ist.**

Sicherheit und Freiheit sind keine Gegensätze – sie bedingen einander.

Die Wiedereinführung der Chatkontrolle ist ein Schritt in die falsche Richtung: weg von zielgerichteter Strafverfolgung, hin zu flächendeckender Überwachung Unverdächtiger.

Unser Ansatz ist klar: Keine Massenüberwachung.

Stattdessen: mehr Kompetenz, mehr Personal, mehr Effektivität im Kampf gegen Täter.

Für Rückfragen:

kontakt@liberale-mitte.de

Liberale Mitte Deutschland